

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsoa.ch

GSoA

GSoA-Zitig Juni 2017 Nr. 170

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA



Editorial

Liebe LeserInnen

Bestimmt haben Sie es gehört: Unsere Kriegsgeschäfte-Initiative ist lanciert und läuft bereits auf Hochtouren! Es gilt nun 100'000 Unterschriften zu sammeln – eine nicht zu unterschätzende Arbeit. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass unser Anliegen auf offene Ohren stösst. «Geld für Waffen tötet» schrieb Louise Schneider frühmorgens am Tag der Lancierung an die Fassade der Schweizerischen Nationalbank. Sie prangerte die Schweizer Investitionen in die internationale Rüstungsindustrie öffentlich an und unterstützte damit unsere Initiative tatkräftig. Über die Aktion der 85-jährigen Friedensaktivistin berichteten dann sogar die Medien jenseits der Landesgrenzen.

Die Schweiz ist zwar flächenmässig nicht das grösste Land der Welt, gehört aber zu den finanzstärkeren unter ihnen. Dies birgt Verantwortung. Wir sollten endlich beginnen darauf zu achten, wohin dieses Geld fliesst, wenn wir positive Effekte wie Frieden, Sicherheit und Stabilität erzielen wollen. Für Informationen zur Initiative lesen Sie unbedingt die Seite drei in dieser Zeitung und besuchen Sie www.kriegsgeschaeft.ch – jede Unterschrift zählt.

Natürlich haben wir noch andere Inhalte für Sie erarbeitet. Lesen Sie auf Seite vier einen Bericht über die neuesten Deals der Schweizer Rüstungsindustrie. Die Seite fünf ist für einmal ganz der Technologie gewidmet. Wir gehen den Fragen nach, was unter dem Schlagwort «Cyberwar» zu verstehen ist und was die heutige Rolle von autonomen Kampfsystemen ist. Für die Seite sechs haben zwei verschiedene Organisationen für uns Gastbeiträge zum UN-Verbot von Nuklearwaffen verfasst. Des Weiteren steht die Aufrüstung in Europa im Fokus – ein Thema mit dem wir uns am diesjährigen Treffen des European Network Against Arms Trade in Rom mit AktivistInnen aus ganz Europa vertieft auseinandergesetzt haben. Zu guter Letzt werfen wir auf der Seite sieben einen Blick in die Vergangenheit und erinnern uns an Gernika und erzählen Ihnen von den ersten Kriegsgeschäft-Gegnern der Schweiz. Eine angenehme Lektüre wünschen

Daniela Fischer und das gesamte Redaktionsteam

OSTERMARSCH BERN

Frieden bewegt Jung und Alt

Rund 1000 Menschen nahmen am diesjährigen Ostermarsch in Bern teil und demonstrierten gegen die Kriegsgeschäfte der Banken und Pensionskassen.

Von Eva Krattiger

Der traditionelle Berner Ostermarsch fand dieses Jahr zum 15. Mal in Folge statt. Unter dem Motto «Mein Geld führt Krieg. Waffengeschäfte von Pensionskassen und Banken stoppen!» spazierten am 17. April rund 1'000 Personen vom Eichholz der Aare entlang bis auf den Münsterplatz. Bei Suppe und Most oder Süssigkeiten und Kaffee genossen die Teilnehmenden anschliessend das Zusammenkommen und Austauschen zur warmen Musik vom Club de Bombordo.

Waffengeschäfte und soziale Ungleichheit

Der Soziologe und Konfliktforscher Ueli Mäder rief die Demonstrierenden in seiner Rede dazu auf, die Kriegsgeschäfte-Initiative zu unterstützen und ihr Geld nicht an Pensionskassen und Banken zu übergeben, die

damit Kriegsmaterial produzieren. Vielmehr sei Transparenz beim Anlageverhalten nötig, damit alle wissen, was mit ihrem Geld erschaffen oder eben zerstört wird. «Der Reichtum ist in der Schweiz und global sehr einseitig verteilt. Das bringt viel Leid und kriegerische Konflikte mit sich. Friedenspolitik bedeutet, den sozialen Ausgleich zu fördern; zum Beispiel über faire Löhne und Preise sowie einen gerechten Welthandel und eben den Verzicht auf Geschäfte mit den Waffen», so Ueli Mäder.

Marsch der Generationen

Besondere Freude bereitete die starke Altersdurchmischung der Demonstrierenden. Es zeigte sich auch in diesem Jahr, dass Frieden nicht nur die ältere Bevölkerung bewegt, sondern auch von jungen Leuten auf die Strasse getragen wird. Von kleinen Kindern, über Jugendliche bis zu den Ältesten, die selber nicht mehr mitmarschierten, sondern nur noch an der Schlusskundgebung teilnahmen, war jede Altersgruppe am Ostermarsch vertreten. Die Friedensbewegung ist und bleibt in Bewegung.



VV

Vollversammlung beschliesst Initiative

Am 2. April kamen Mitglieder der GSoA in Solothurn zur 35. Vollversammlung zusammen. Zentrales Thema war die Lancierung der Kriegsgeschäfte-Initiative.

Von Sebastian Büchler

Knapp 60 GSoA-Mitglieder kamen an jenem Sonntagmorgen aus der ganzen Schweiz zusammen, um im Restaurant Kreuz in Solothurn einen Rückblick auf das Vereinsjahr zu werfen. Als die ersten GSoAtInnen eintrafen, herrschte schon eine unverkennbare Atmosphäre, denn der Raum war wie jedes Jahr bereits mit aktuellen und zeitlosen Transparenten geschmückt. Kurz nach elf Uhr wurden die Anwesenden begrüsst und mit einem kurzen Jahresrückblick in die GSoA-Welt entführt. Neben den üblichen statuarischen Belangen wurde ein besonderes Augenmerk auf das Hauptthema des Treffens, die Kriegsgeschäfte-Initiative, gelegt. Der ausgearbeitete Initiativtext wurde erklärt und ebenso die Recherchearbeit präsentiert, welche in den vergangenen Monaten geleistet worden war. Anschlies-

send wurde der Plan für die Sammelkampagne dargelegt und erläutert, wie die GSoA ihre Kräfte einsetzen wird, um die nötigen Unterschriften zu sammeln. In der Vergangenheit hat unsere Bewegung schon oft gezeigt, dass sie dies erfolgreich kann und dank der Mitarbeit aller wird es auch dieses Mal gelingen. Davon waren alle Anwesenden überzeugt! Diese Begeisterung der AktivistInnen zeigte sich in der anschliessenden Abstimmung, in welcher einstimmig beschlossen wurde, die Kriegsgeschäfte-Initiative zu lancieren. Das Treffen wurde neben dem schmackhaften Mittagessen durch eine gelungene Aktion im strahlenden Sonnenschein abgerundet. Dabei wurde einer symbolischen Bombe eine über-grosse Tausendernote entrissen. So konnte auch bildlich dargestellt werden, wie unsere Initiative der Rüstungsindustrie den Geldhahn zudrehen wird. Pünktlich um vier wurde die Sitzung für beendet erklärt und die AktivistInnen fuhren motiviert nach Hause, wissend, dass diese kommende Zeit für uns GSoAtInnen eine spezielle werden wird!



WAFFENBESITZ

EU-Waffenrecht und die Schweiz

Ein Aufschrei ging durch die Waffenlobby, als bekannt wurde, dass das verschärfte EU-Waffenrecht auch für die Schweiz gelten soll. Was ist da dran?

Von Sebastian Büchler

Kürzlich hat die EU entschieden, seine BürgerInnen besser zu schützen und hat deshalb eine leichte Verschärfung des Waffengesetzes beschlossen. Die Schweiz muss diese Anpassungen übernehmen, wenn sie Mitglied des Schengenraums bleiben will. Dies ist der Waffenlobby ein Dorn im Auge, denn diese profitiert von unseren liberalen Waffengesetzen. Die Schweiz weist eine der höchsten Waffendichten (wie auch Suizidraten durch Waffen) weltweit auf. Jährlich kommen knapp 200 Personen durch Schusswaffen in der Schweiz ums Leben. Es ist Aufgabe der Gemeinschaft, diejenigen, welche unter Waffengewalt leiden, vor dieser Gefahr zu schützen. Dies ist ein Grund, weshalb die GSoA vor wenigen Jahren die Initiative zum Schutz vor Waffengewalt mitgetragen hat. Das bleibt auch weiterhin eine unserer zentralen Forderungen.

Weniger ist mehr

Die wichtigsten Änderungen des Waffenrechts betreffen einerseits das Verbot von vollautomatischen Waffen, die zu Halbautomaten umgebaut wurden. Andererseits soll die Grösse der Magazine für verschiedene Waffentypen beschränkt werden. Dazu kommen eine obligatorische Vereinsmitgliedschaft und ein detaillierteres Waffenregister. Heute darf jeder, der den Militärdienst beendet, seine Waffe behalten, sofern er oder sie einen gültigen Waffenerwerbsschein vorweisen kann. Obwohl das Sturmgewehr der Schweizer Armee theoretisch vom neuen Verbot betroffen wäre, hat der Bundesrat eine Ausnahmeklausel dafür ausgehandelt. Dies ist unverantwortlich und gefährlich. Eine obligatorische Vereinsmitgliedschaft wäre sinnvoll und auch für die Verbände vorteilhaft. Dass sich diese dagegen wehren, zeigt, dass es ihnen nicht um Sicherheit, sondern rein um Ideologie fern aller Vernunft geht. Statistiken sprechen eine deutliche Sprache und der Blick in die USA macht klar: Je mehr Waffen, desto mehr Probleme.

INITIATIVE

Kein Schweizer Geld für die Kriege dieser Welt

Am 11. April hat die GSoA zusammen mit den Jungen Grünen und 37 weiteren Organisationen die Kriegsgeschäfte-Initiative lanciert: Mit einem Investitionsverbot in Kriegsmaterialproduzenten für Banken und Versicherungen soll der internationalen Rüstungsindustrie der Geldhahn zugedreht werden. Nun gilt es, bis Oktober 2018 hunderttausend gültige Unterschriften zu sammeln. Von Magdalena Küng

Es war ein kühler Aprilmorgen, an dem Louise Schneider eine Spraydose gepackt hat, um der Schweizerischen Nationalbank (SNB) eine klare Botschaft mitzuteilen: «Geld für Waffen tötet». In blutroter Farbe hat die 85-Jährige diese vier Worte auf die weisse Bauwand vor der Bank gesprayed. Obwohl der Schriftzug bereits wenige Stunden später wieder entfernt war, löste Louises Aktion ein grosses Echo aus – wohl auch, weil es definitiv kein alltägliches Szenario ist, dass eine Rentnerin eine Bank ansprach. Für Louise als langjähriges GSoA-Mitglied ist der Schriftzug aber einfach Teil eines überzeugten Engagements für mehr Frieden und mehr Menschlichkeit. Denn der kurze Satz «Geld für Waffen tötet» umschreibt ein riesiges Geschäft, für das Banken und andere Finanzdienstleister das Leid unzählbarer Menschen in Kauf nehmen.

Sprayen für mehr Menschlichkeit

Louise verfolgte mit ihrer Aktion ein klares Ziel: Sie will darauf aufmerksam zu machen, dass Geld aus der Schweiz bei internationalen Kriegsmaterialproduzenten landet, deren tödliche Produkte auf der ganzen Welt gegen Menschen eingesetzt werden. Als Mitinitiantin der Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» setzt sich Louise nun zusammen mit einem breiten Bündnis dafür ein, dass diesen Geschäften mit dem Tod per Verfassungsänderung ein Riegel geschoben wird.

Über den Schweizer Finanzplatz werden jährlich Milliarden investiert und angelegt. Ein Teil dieses Geldes fliesst in Unternehmen, die Kriegsmaterial produzieren. Dabei werden nicht nur Konzerne unterstützt, die schwere Waffen wie Panzer, Artillerie und Kriegsschiffe oder leichte Waffen wie Gewehre oder Handgranaten produzieren. Es fliesst auch Geld in Firmen, die geächtetes Kriegsmaterial wie Atomwaffen, biologische und chemische Waffen oder aber Streumunition und Anti-Personenminen herstellen. Die gängigste Investitionsform ist die indirekte Finanzierung, bei welcher zwischen dem Finanzinstitut und dem begünstigten Kriegsmaterialproduzenten ein Mittelelement steht, wie beispielsweise ein Anlagefonds.

SNB und Pensionskassen beteiligen sich am Geschäft mit dem Tod

Zu den wichtigsten Akteuren, welche die Rüstungsindustrie mitfinanzieren, gehört die Schweizerische Nationalbank (SNB): Im ersten Quartal 2017 investierte sie alleine in Atomwaffenproduzenten über 1.1 Milliarden Dollar. Und auch bei den Pensionskassen sieht es nicht besser aus: Nur wenige kennen effekti-

ve Ausschlusskriterien, welche auch indirekte Investitionen in Rüstungsproduzenten verbieten würden. So landen auch unsere Rentengelder bei Unternehmen, deren Waffen in Kriegen auf der ganzen Welt eingesetzt werden. Dass dabei in erster Linie die Zivilbevölkerung leidet, ist kein Geheimnis. Bewaffnete Konflikte werden schon lange nicht mehr zwischen Armeen auf abgelegenen Schlachtfeldern ausgefochten. Sie finden in Städten und Dörfern statt. Die Lebensgrundlagen und Perspektiven ganzer Familien und Gemeinden werden zerstört. Viele müssen ihre Heimat verlassen und ins Ungewisse flüchten. Eine Entschuldigung dafür, dass unser Geld am Anfang der Produktionskette der eingesetzten Waffen steht, gibt es nicht. Weder ist es technisch unmöglich, gesamte Anlagevermögen nach ethisch korrekten und menschlichen Kriterien zu investieren, noch müsste man den gesamten Anlagemarkt neu erfinden: Nachhaltige Fonds und andere Anlageprodukte existieren seit Jahren. Sie überzeugen nicht nur auf moralischer, sondern auch auf ökonomischer Ebene.



Zudem gibt es einige vergleichbare Vorbilder, die sich zu einem Ausstieg aus dem Geschäft mit dem Tod entschieden haben. Pensionskassen wie die Stiftung Abendrot und die Vorsorgeeinrichtung Nest beispielsweise investieren ihr Geld nicht in die Rüstungsindustrie und können trotzdem eine marktgerechte Rendite erzielen. Und auch die Pensionskasse der Stadt Zürich, eine der 300 grössten Pensionskassen der Welt, zieht mit: Seit November 2016 schliesst sie Atomwaffen- und Streumunitionsproduzenten konsequent aus.

Auf internationaler Ebene gibt es ebenfalls Finanzinstitute, die nicht in die Rüstungsindustrie oder in international geächtete Waffen investieren: So der Norwegische Staatsfonds, der mit rund 868 Milliarden Franken Anlagevermögen zu den grössten Fonds weltweit gehört. Dass die Schweiz als neutrales Land mit einer hochgehobenen und oft betonten humanitären Tradition nicht ebenfalls auf Investitionen in die Rüstungsindustrie verzichtet, ist skandalös.

Breite Unterstützung für Initiativanliegen

Es ist nicht akzeptabel, dass unser Geld und gerade auch unsere Pensionskassenbeiträge in den Kassen



von Kriegsmaterialproduzenten landen. Mit der Kriegsgeschäfte-Initiative haben wir nun die Möglichkeit, diesen Zustand endlich aufzuheben. Dass die GSoA mit dieser Forderung nicht allein dasteht, zeigt die Breite des Bündnisses «für ein Verbot von Kriegsgeschäften», das die Initiative trägt. Neben den jungen Grünen als Hauptpartner sind auch die SP, die Grünen und die JUSO sowie zahlreiche Klein- und Lokalparteien mit an Bord. Auch friedenspolitische Organisationen wie der Schweizerische Friedensrat oder ICAN (siehe Bericht auf Seite 6), verschiedene Kirchen und ethisch-nachhaltige Finanzdienstleister gehören zu den Unterstützenden. Das Anliegen der Initiative findet aber auch auf der Strasse viel Zuspruch: Bereits über 10'000 Unterschriften haben wir im ersten Sammelmonat gesammelt.

In den letzten Jahren sind die globalen Verstrickungen und die Verantwortung von privatem und öffentlichem Sektor immer stärker in den Fokus des politischen Diskurses gerückt. Die Forderung nach ethisch korrekten Handlungen richtet sich nicht mehr länger nur an Staaten. Auch Unternehmen, und mit ihnen die Banken, Versicherungen und Pensionskassen, sind aufgefordert, ihre Profite nicht länger auf dem Rücken anderer zu erwirtschaften. Dass trotz diversen Bemühungen, immer noch Gelder in Firmen landen, deren Produkte zur Tötung von Menschen entwickelt werden, macht deutlich, wie dringend notwendig die Kriegsgeschäfte-Initiative ist. So kennt die Schweiz zwar ein Finanzierungsverbot für geächtetes Kriegsmaterial, das Beispiel der Investitionen der SNB in Atomwaffenproduzenten ist aber der traurige Beweis dafür, dass dieses Verbot in der Praxis nicht durchgesetzt werden konnte. Die Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» will diese Lücke schliessen.

Jetzt aktiv werden!

Die Sammelphase für die Kriegsgeschäfte-Initiative ist erfreulich gut angelaufen. Louise Schneiders gesprayed Schriftzug vor der SNB hat dafür gesorgt, dass ein breites Publikum vom Anliegen der Initiative erfuhren. Viele bemühen sich proaktiv darum, die eigene Unterschrift beizusteuern. Bis die Initiative aber an die Urne gebracht werden kann, ist noch ein weiter Weg vor uns. Bis Oktober 2018 müssen 100'000 gültige Unterschriften gesammelt werden. Dabei braucht das «Bündnis für ein Verbot von Kriegsgeschäften» auch deine Hilfe: Hast Du Zeit, mit uns auf der Strasse, an Märkten und Volksfesten Unterschriften sammeln zu kommen? Kannst Du den Unterschriftenbogen in Deinem eigenen Umfeld herumreichen? Oder magst Du an einem Abstimmungssonntag in Deiner Gemeinde vor den Urnenlokalen die StimmbürgerInnen auf unsere Initiative ansprechen? Wir sind um jede Unterstützung froh! Melde dich bei uns über gsoa@gsoa.ch oder initiative@kriegsgeschäfte.ch.

Geld für Waffen tötet. Vier kleine Wörtchen, die ein riesiges und unmenschliches Geschäft umschreiben. Unser Geld hat in den Kassen von Kriegsmaterialproduzenten nichts zu suchen. Hilf uns, unsere Forderung in die Realität umzusetzen!

KAMPFJETS

Die Lügen im Gripen-Abstimmungskampf

Das VBS hat im Gripen-Abstimmungskampf teilweise Falschaussagen verbreitet. Das gibt wenig Vertrauen für die nun wieder anlaufende Beschaffung.

Von Lewin Lempert

Im Interview mit der NZZ beantwortete Luftwaffenchef Aldo Schellenberg kurz vor der Abstimmung über den Gripen die Frage, ob die Tiger-Flotte nächstens ausgemustert wird, folgendermassen: «Die Kosten, die die Aufrechterhaltung der Tiger-Flotte verursachen würden, sind mit Blick auf ihre Leistung nicht mehr zu rechtfertigen.» Bei einem Auftritt vor der Offiziersgesellschaft Interlaken-Oberhasli doppelte er gar nach: «Egal, wie die Abstimmung am 18. Mai ausgeht: Die 54 Tiger werden ausser Dienst gestellt.» Die Frage, ob die ver-

bleibenden Tiger für den reinen Luftpolizeidienst nicht technisch aufgerüstet werden könnten, beantwortete er salopp: «Die Tiger sind vollständig veraltet. Sie wurden Mitte der 1970er Jahre beschafft, konzeptionell sind sie noch älter. Der Ford Capri war damals ein angesagtes Fahrzeug. Wer diesen Wagen heute aufrüsten wollte, würde sofort merken, dass das unmöglich ist.»

Aldo Schellenberg ist mittlerweile stellvertretender Armeechef. Seinen damaligen Aussagen zum Tiger steht ein Ende 2016 publizierter Bericht zur wieder anlaufenden Beschaffung neuer Kampfjets diametral entgegen. In diesem heisst es, dass auf eine Ausserdienststellung der Tiger-Flotte vorläufig verzichtet werden soll.

Auch der damals zuständige Bundesrat Ueli

Maurer hat ganz klar falsche Angaben zu technischen Fragen öffentlich kommuniziert. So antwortete er auf die Frage, ob die Lebensdauer für die F/A-18 nicht auf nach 2025 verlängert werden könnte: «Wenn der Gripen nicht beschafft wird, müssen wir länger mit dem F/A-18 fliegen. Das bedeutet, dass seine Lebensdauer 2025 enden wird.» In der Sommersession 2017 wurde, angeregt durch das VBS, über eine Nutzungsdauerverlängerung bis 2030 für die gesamte F/A-18-Flotte abgestimmt.

VBS will Referendum verhindern

Diese Falschaussagen offenbaren, dass es dem VBS nie darum ging, während der Gripen-Abstimmung die Bevölkerung korrekt über die technischen Feinheiten der vorliegenden

Varianten zu informieren. Das einzige Ziel war es, die Dringlichkeit einer Neubeschaffung in der Öffentlichkeit zu untermauern – ungeachtet der Faktenlage. Diese Falschaussagen werfen auch ein schiefes Licht auf die nun anlaufende Neubeschaffung. Es ist fraglich, ob dem VBS bei seinen Angaben zur Lebensdauer und den technischen Möglichkeiten der vorhandenen Flotte Vertrauen geschenkt werden kann. Doch das VBS hat gelernt: statt die Neubeschaffung in einer referendumsfähigen Vorlage zu präsentieren, schlägt es den Weg über das normale Budget ein. So wird das Nein zum Gripen umgangen, ohne dass die Bevölkerung die Möglichkeit hat, seine Meinung über die neuen Kampfjets zu äussern. Dies ist einem demokratischen Verfahren nicht würdig. Doch für das VBS ist dieser Weg deutlich weniger steinig, da das Vertrauen keine Rolle spielt und die Bevölkerung nicht von neuen Kampfjets überzeugt werden muss.

WAFFENEXPORTE

Ein Kilo Kriegsmaterial kostet 76 Franken

Das Schöne an Statistiken ist, dass sie eine unbestreitbare Wahrheit darstellen. Das wissen die Leute. Das Schöne an Statistiken ist auch, dass sie nie die ganze Wahrheit darstellen. Das wissen sie nicht. Von Basil Schöni

Vor kurzem veröffentlichte das Seco die Kriegsmaterialexportzahlen des ersten Quartals 2017. Das Dokument enthält zwei Kerninformationen: Im ersten Quartal 2017 exportierte die Schweiz Kriegsmaterial im Wert von 94.4 Millionen Franken. 2016 waren es 123.7 Millionen im selben Quartal.

Das eröffnet zwei Fragen: Geht es also abwärts mit den Exporten? Und: Wie lässt sich da noch Stimmung machen für eine Initiative gegen Kriegsgeschäfte?

Die Statistik ist eine tückische Kreatur. Sie beschreibt die Wirklichkeit, so dass jemand draufzeigen mag und ohne zu lügen sagen kann: «Schau, so ist es heute und so war es gestern, also geht es abwärts mit uns.»

Doch die Statistik beschreibt nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit. Den Ausschnitt nämlich, den ihre ErschafferInnen sich ausgesucht haben. «Nein, schau, so ist es heute und so war es vorgestern, also geht es aufwärts mit uns.»

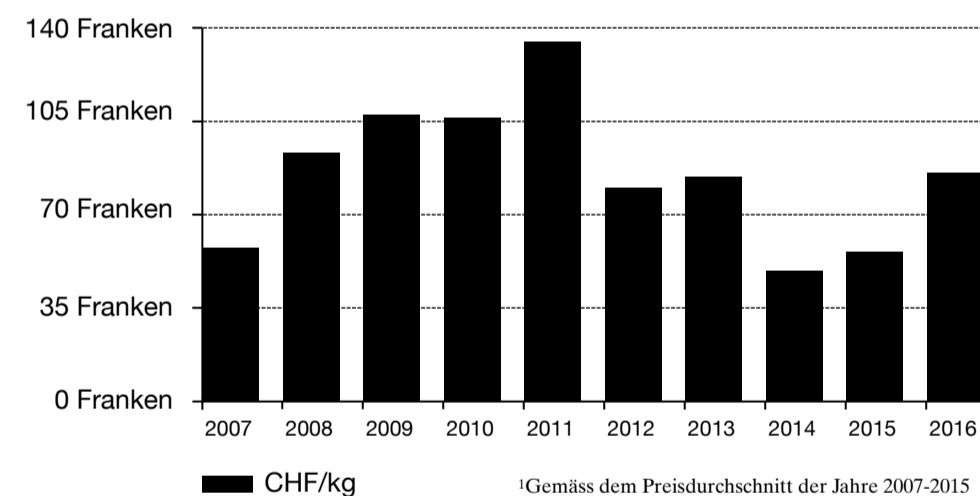
Womit wir eine Antwort auf die erste Frage haben: Kommt auf den gewählten Ausschnitt der Wirklichkeit an.

Von 2007 bis 2015 enthielten die Seco-Statistiken nebst dem Exportvolumen in CHF noch das Gewicht in Kilogramm. Die gemeinsame Nennung dieser beiden Grössen impliziert ein drittes Mass: CHF/kg.

Am teuersten war das Schweizer Kriegsmaterial im Jahr 2011 mit einem Preis von 134 CHF/kg. Am günstigsten war es 2014: Ein Kilogramm Kriegsmaterial kostete bloss 49 Franken. Ein Kilogramm Chesterfield-Tabak kostet heute 200 Franken. Der Staat hat eingesehen, dass ein so tödliches Produkt nur erschwert zu bekommen sein soll. Warum ist das beim Kriegsmaterial nicht so?

Womit wir auch eine Antwort auf die zweite Frage haben: Mit der Wahl des geeigneten Ausschnitts der Wirklichkeit.

Preis für 1 kg Schweizer Kriegsmaterial nach Jahr¹



VERSCHWENDUNG

Der verlogene Skandal

Das Führungsinformationssystem Heer (FIS Heer) ist bekanntlich ein millionenschweres Flop-Projekt. Anfangs Jahr hat das VBS definitiv entschieden, auf einen Teilbereich des ursprünglich geplanten Systems zu verzichten. Das Projekt wird vom VBS nun aber schöngeredet – der Skandal nimmt somit seinen Lauf.

Von Martin Parpan

Mit den Rüstungsprogrammen 2006 und 2007 wurden 700 Millionen Franken für das FIS Heer gesprochen. Mit dem FIS wollte man den Eintritt in ein neues technologisches Zeitalter erreichen. Im Verlauf des Projekts stellte sich dann heraus, dass die Funkgeräte die anfallenden Datenmengen gar nicht übertragen

können. Konsterniert musste man anerkennen, dass das System im mobilen Betrieb gar nicht eingesetzt werden kann. 125 Millionen Franken wurden für diesen mobilen Einsatz allerdings bereits investiert. Anstatt aus dem Debakel zu lernen und den Bereich Rüstungsbeschaffung grundsätzlich zu durchleuchten, übt man sich im VBS nun im Schönreden des Skandals: So liess das VBS verlauten, dass das System zwar weniger tief, mit der Nutzung in allen grossen Verbänden und allen Truppen aber breiter als ursprünglich geplant zum Einsatz komme. Das heisst, man rollt das Rumpfsystem jetzt einfach auf noch mehr Benutzer aus, und will damit die grundsätzliche Unbrauchbarkeit kaschieren. Weiter wird angeführt, dass ein Grund für die Probleme darin

liege, dass auch militärische Funkgeräte der neusten Generation zu wenig Bandbreite bieten würden. Dies ist zwar richtig, macht aber die unglaubliche Inkompetenz der Projektverantwortlichen sichtbar. Offensichtlich waren diese unfähig, eine auch nur annähernd realistische Prognose zu machen, welche Entwicklung in Bezug auf Bandbreiten zu erwarten ist. Es kann aber auch sein, dass die «Bandbreitenproblematik» im VBS-Projekt ganz einfach vergessen oder zumindest unterschätzt wurde.

125 Millionen – oder doch mehr?

Schockierend ist zudem, dass das VBS nicht gewillt scheint, klare Angaben zu machen, ob der 125 Millionen-Abschreiber die ganze Wahrheit ist oder ob sich noch weitere Leichen im Keller befinden. In einer Pressemitteilung wird der Begriff «schätzungsweise 125 Millionen» verwendet. Dies obwohl die Investitionen

bereits getätigt wurden und somit auf den Franken genau bezifferbar ist, wie viel Geld in den Sand gesetzt wurde. Es darf davon ausgegangen werden, dass diese Unverbindlichkeit bewusst verwendet wird, um noch höhere Verluste besser «verargumentieren» zu können, sollten solche ans Licht kommen. Gar dreist wird das VBS, wenn es darum geht, den Nutzen des Rumpfsystems zu schildern. So wird kommuniziert, dass die «reduzierte Einsatztiefe die permanente Führungsfähigkeit der Bodentruppen sowie die Lageverfolgung in allen Lagen sicher stelle». Wäre dem so, dann hätte man zum Vornherein auf den nun abgestrichenen Projektteil «mobile Einsatzfähigkeit» verzichten können. Genau damit hatte man das Projekt in den eidgenössischen Räten aber durchgebracht. Klar ist, das FIS-Projekt ist nicht nur ein Finanzdebakel, sondern auch ein Lügenkonstrukt sondergleichen.

CYBERWAR

Hacking – Ablauf, Waffen und Grenzen

Wir kommen der Möglichkeit eines «Cyberwars» näher – und die Politik instrumentalisiert sie für ihre eigenen Ziele. Das geht gut, weil nur wenige die Kenntnisse haben, die Zweckmässigkeit vorgeschlagener Massnahmen zu beurteilen.

Von Lukas Bürgi

Eine einheitliche Definition von «Cyberwar» existiert nicht. Man kann darunter jede politisch motivierte oder kriminelle Handlung mit irgendeinem Bezug zum Internet verstehen. Ich beschränke mich hier auf «Hacking» zwischen staatlichen Akteuren und erkläre, was das ist, was «Cybertruppen» tun und was regulatorische Massnahmen bewirken könnten. «Hacking» – die Übernahme der Kontrolle digitaler Systeme – erlaubt Spionage, Sabotage und die Steuerung von improvisierten und zweckgebauten autonomen Waffensystemen (siehe Artikel unten).

Schematischer Ablauf des digitalen Kontrollkampfes

Die Waffen der AngreiferInnen sind Exploits – so nennt man ausnutzbare Fehler in Rechnersystemen. Dazu senden AngreiferInnen

Daten ans Opfersystem, bei deren Verarbeitung etwas schief geht, so dass sie die Kontrolle über Teile des Systems erlangen. Dies ermöglicht die Kommunikation mit weiteren, vorher unzugänglichen Systemteilen, die dann mit weiteren Exploits übernommen werden können, bis das Ziel erreicht ist. Gegen die Ausnutzung bisher unbekannter Exploits, sogenannter Zero Days (Schwarzmarktwert oft 10'000 bis 100'000 Franken das Stück), kann man nichts tun, ausser man kappt die Kommunikationsverbindung, über die sie eingespielt werden. Die braucht es aber meist (beispielsweise Internetzugang). Erst nach dem Angriff kann das Opfer analysieren, welcher Fehler ausgenutzt wurde und ihn beheben. Das geschieht entweder direkt durch den (meist privaten) Hersteller des fehlerhaften Produkts, oder indirekt über (private) Antivirenprogramme von Drittherstellern.

Die Möglichkeiten der Verteidigung sind ausschliesslich indirekt, da AngreiferInnen Fehler ausnutzen, die das Opfer nicht kennt. Um die Anzahl Fehler zu verringern, müsste die internationale Gemeinschaft die Hersteller mit regulatorischen Massnahmen dazu zwingen. BenutzerInnen müssten darin aus-

gebildet werden, den AngreiferInnen nicht aus Versehen zu helfen. Nicht benötigte Systeme müssten abgeschaltet werden, um die Angriffsfläche zu verringern. Die letzten beiden Methoden sind wirksam und billig. Eigene Systeme könnten überwacht werden, um zu versuchen, Angriffe zu erkennen, bevor sie erfolgreich sind und sie dann durch Abschalten des Systems zu stoppen. Das ist teuer und selbst dann sehr schwer, wenn das Verteidigungsteam das System genau kennt und die volle Kontrolle darüber hat. Externe Hilfskräfte haben keine Chance. Das heisst, dass «Cybertruppen» nicht die Schweiz verteidigen können, sondern höchstens das Militär sich selbst. Bestes Beispiel dafür ist der Hacker-Angriff auf den Schweizer Rüstungskonzern Ruag, der sich selber als Experte für Cybersicherheit positionieren wollte. Dennoch erkannte die Firma einen Angriff auf die eigenen Systeme und den Diebstahl von Daten erst nach zwei Jahren.

Grenzen

Aber wie gross ist das physische Schadenspotential wirklich? Stuxnet, die Sabotage des Atomprogramms Irans, hat die Angreifer

Millionen gekostet (vier Zero Days, eigene Urananreicherungscentrifugen zum Testen, etc.). Ob das Atomprogramm dadurch verlangsamt wurde, ist umstritten. Im Dezember 2015 sabotierten in der Ukraine Unbekannte Teile des Stromnetzes, sodass der Strom stellenweise für bis zu sechs Stunden ausfiel. Auch dieser Angriff war teuer. Beide sind wenig spektakulär. Das ist nicht überraschend: Nur wenige digital steuerbare Geräte können sich selbst zerstören, geschweige denn können sie etwas anderes zerstören. Hier ist anzunehmen, dass das Schadenspotential proportional zum technischen Fortschritt steigt. Aber vorerst kommt auch die grösste Datenbombe noch nicht an eine banale Handgranate heran. Die Angstmacherei, die viele PolitikerInnen und RüstungslobbyistInnen mit dem Begriff «Cyberwar» betreiben, dient vor allem der Beschaffung und Legitimierung zusätzlicher finanzieller Mittel für das Militär.

RÜSTUNGSTECHNOLOGIE

Kampfroboter und Autonome Waffensysteme

Hört man die Begriffe autonome Waffensysteme und Kampfroboter, denkt man an Hollywood-Filme wie «Terminator». Es geht zwar nicht um humanoide Kampfmaschinen, dennoch ist diese Science-Fiction im Begriff Realität zu werden – und sie bringt neue Gefahren und Probleme mit sich. Von Michael Christen

Nach dem Schiesspulver und den Atomwaffen droht die dritte Revolution der Kriegsführung: Kampfroboter, die autonom töten. Es geht um Weiterentwicklungen von Waffensystemen wie Drohnen, Panzern oder U-Booten, die unbemannt unterwegs sind. Zurzeit werden diese Systeme noch von Menschen (fern-)gesteuert. Es gibt aber Stimmen, die behaupten, dass es technisch in mittelfristiger Zukunft möglich sein wird, Waffen zu konstruieren, die auf die menschliche Entscheidung verzichten können und somit komplett autonom handeln. Zu nennen sind hierbei beispielsweise Drohnen, die, einmal aktiviert, ohne menschliche Kontrolle operieren: Sie wählen selbständig Ziele aus, greifen an, verletzen oder töten Menschen.

An dieser Science-Fiction mit künstlicher Intelligenz, auch «KI» genannt, wird heute bereits geforscht. Es existieren rudimentäre Vorläufer. Die USA testen beispielsweise ein unbemanntes Kampfflugzeug, die X-47B, das autonom auf einem Flugzeugträger starten und landen kann. Ausserdem kann es selbständig in der Luft an ein Tankflugzeug

andocken und sich auftanken. Die eigenmächtige Attacke auf feindliche Ziele scheint für diese sogenannte «Grosskampfdrohne» der nächste logische Schritt zu sein.

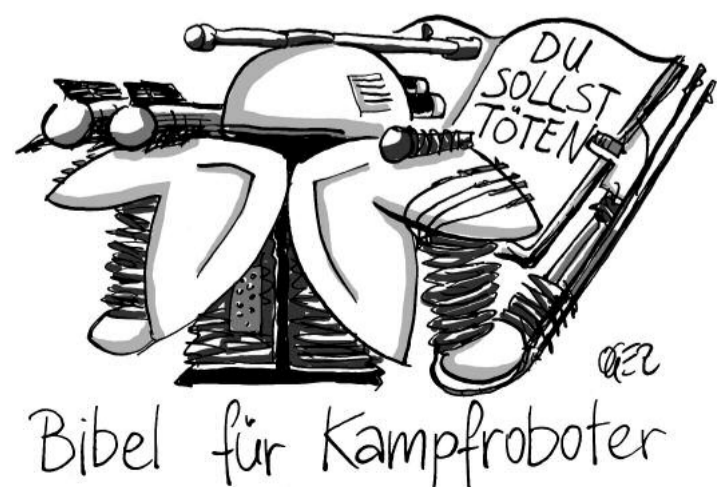
Es gilt jedoch zu bedenken, dass die erwähnten Tätigkeiten der Drohne alle in einem «kooperativen Umfeld» möglich sind, also in diesem Fall einem Flugzeugträger, welcher der Drohne mit entsprechenden Leitsignalen den Weg weist. Der Einsatz in einem Gelände, das gegen den Roboter arbeitet, also in einem Kriegsgebiet mit getarnten Gegnern, die sich unter die Zivilbevölkerung mischen oder sich ebenfalls mit High-Tech-Waffen wehren, ist eine grosse Herausforderung und zum heutigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Bereits 2015 warnten aber zahlreiche Fachleute für künstliche Intelligenz, darunter der bekannte Physiker Stephen Hawking, in einem offenen Brief an die Uno vor den Folgen von Kampfrobotern. Die Technologie der künstlichen Intelligenz sei an einem Punkt angekommen, an dem der Einsatz autonomer Waffensysteme innerhalb von Jahren, nicht von Jahrzehnten möglich sei.

Zahlreiche ungeklärte Fragen

Diese Debatte wirft etliche ethische, sicherheitspolitische und insbesondere rechtliche Fragen auf. Das Kriegsvölkerrecht schreibt zum Beispiel zwingend vor, bei Angriffen eindeutig zwischen militärischen und zivilen Zielen zu unterscheiden. Dies können auto-

nome Waffensysteme (noch lange) nicht. Den autonomen Waffen fehlt es schlicht an menschlichem Urteilsvermögen, das heisst, sie sind nicht in der Lage, den Kontext zu verstehen. Ebenso stellt sich die Frage nach der Verantwortlichkeit bei Fehlern. Wenn beispielsweise bei einem Drohnenangriff wegen einer technischen Fehlleistung ZivilistInnen zu Schaden kommen, wer haftet? Denkbar wäre der befehlshabende Offizier. Dieser versteht aber das technische System nicht. Möglich wäre auch die Herstellerfirma, diese ist aber nicht dafür verantwortlich, wie die Streitkräfte diese Waffe einsetzen. Es stellen sich hierbei ähnliche, bislang ungeklärte, rechtliche Fragen wie bei selbstfahrenden Autos.

Es ist schwierig abzusehen, wie sich die Zukunft in Bezug auf die autonomen Waffensysteme entwickelt. In der Uno diskutiert mittlerweile eine Arbeitsgruppe von Regierungsexperten zum Thema. Es wird erwartet, dass im Dezember die Vertragsstaaten des Übereinkommens über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen (CCW) ein Mandat verabschieden werden, um formelle Verhandlungen über ein Verbot autonomer Waffen aufzunehmen. Jayantha Dhanapala, Abrüstungsexperte und Diplomat meint dazu, eine vorbeugende präventive Ächtung sei besser als ein rückwirkendes Verbot von bereits existierenden Waffen.



ATOMWAFFENVERBOT

Erfolg in der ersten Verhandlungsrunde

Die Explosion einer Atomwaffe hätte katastrophale humanitäre Auswirkungen. Atomwaffen stellen ein unannehmbares Sicherheitsrisiko für uns alle dar und müssen abgeschafft werden. ICAN setzt sich an vorderster Front dafür ein.

Von Maya Brehm und Annette Willi, ICAN Switzerland

Ein Atomwaffenverbot ist ein erster logischer Schritt hin zu ihrer Abschaffung. Seit 1946 ist eine atomwaffenfreie Welt das erklärte Ziel der internationalen Gemeinschaft. Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (1968) verpflichtet alle Vertragsparteien, Verhandlungen über wirksame Abrüstungsmassnahmen zu führen. Trotzdem wurden in den letzten Jahrzehnten nur bescheidene Fortschritte bei der Abrüstung erzielt. Weltweit gibt es heute schätzungsweise 14'900 Atomwaffen und alle Atomwaffenstaaten modernisieren ihre Bestände fortwährend.

Um endlich echte Fortschritte zu machen, schlossen sich 2007 Nichtregierungsorganisationen aus aller Welt zur Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) zusammen. Wie Bio- und Chemiewaffen, Antipersonenminen und Streubomben sollen auch Atomwaffen aus humanitären Beweggründen völkervertragsrechtlich geächtet werden, um deren Abschaffung zu beschleunigen.

Im Dezember 2016 beschloss die Uno, dahingehend Verhandlungen aufzunehmen: ein historischer Wendepunkt!

ICAN plädiert für ein umfassendes Verbot

Die erste Verhandlungsrunde fand im März in New York statt. Die Schlüsselemente des vorgeschlagenen Vertrags trafen auf breite Zustimmung. ICAN plädiert für ein vollumfängliches Verbot, das nicht nur den Einsatz, sondern auch die Herstellung, den Besitz und

den Test von Atomwaffen untersagt, sowie die Unterstützung anderer Staaten in diesen Tätigkeiten. Ausserdem setzt sich ICAN seit vielen Jahren dafür ein, die Finanzierung von Unternehmen, die am Unterhalt oder der Entwicklung von Atomwaffen beteiligt sind, explizit zu verbieten.

Die mutlose Politik der Schweiz

Anstatt sich entschieden für ein Verbot dieser barbarischen Waffe einzusetzen, konzentriert sich die Schweiz darauf sicherzustellen, dass der Vertrag Schweizer Wirtschaftsinteressen und die verteidigungspolitische Zusammenarbeit (z.B. mit der Nato) nicht beeinträchtigt.

Die humanitäre Tradition unseres Landes scheint der Bundesrat aus den Augen verloren zu haben.

Ein baldiger Beitritt der Atomwaffenstaaten zum Verbotsvertrag ist nicht zu erwarten, aber er wird auch ohne sie seine Wirkung entfalten. Erfahrungsgemäss trägt das Verbot einer Waffengattung zu deren fortschreitenden Stigmatisierung bei und fördert die Abrüstung. Ein erster Entwurf des Vertrags wird für Mitte Mai erwartet. Es bestehen gute Aussichten, dass die zweite Verhandlungsrunde im Juni/Juli einen Schlusstext hervorbringt, der die zerstörerischste aller Waffen endlich verbietet. Es bleibt zu hoffen, dass die Schweiz den Rank noch findet, damit sie rückblickend sagen kann, sie hätte auf der richtigen Seite der Geschichte gestanden.

Das Basler Peace Office stellt sich vor

(BPO) 100 Milliarden US-Dollar werden jährlich in Atomwaffen und ihre Modernisierung investiert. Die produzierenden Unternehmen haben Interesse am nuklearen Wettrüsten und dass das Geld zu ihnen fliesst. Nicht-Kernwaffenstaaten unterstützen diese Praxis über Banken und öffentliche Fonds, die Geld in Nuklearwaffenproduktion investieren. Move the Nuclear Weapons Money, ein Handbuch für Zivilgesellschaft und Gesetzgeber, beleuchtet Initiativen, die ergriffen werden können, um Investitionen in Atomwaffen sowie das nukleare Wettrüsten zu stoppen.

Das Basel Peace Office hat gemeinsam mit Parliamentarians for Nuclear Non-Proliferation and Disarmament (PNND) und UNFOLD ZERO eine Kampagne gestartet, die darauf abzielt, ein Verbot der Finanzierung von Atomwaffen in den Atomwaffen-Verbotsvertrag einzuschliessen, der derzeit von Nicht-Kernwaffenstaaten in der Uno verhandelt wird. Sofern erfolgreich, wird dies eine grosse Unterstützung für nukleare Desinvestitionskampagnen weltweit darstellen.



AUFRÜSTUNG IN EUROPA

Zwei BIP-Prozente für Trump und Putin

Während die weltweiten Militärausgaben stagnieren, gab Europa im vergangenen Jahr deutlich mehr für seine Armeen aus. Schuld an diesem Trend sind nicht nur Donald Trump und Wladimir Putin, sondern militaristische Grossmachtfantasien in Europa selbst. Von Andreas Weibel

Gemäss dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri sanken die weltweiten Militärausgaben in den meisten Regionen. Auch die europäischen Staaten gaben von 2009 bis 2014 jedes Jahr weniger für ihre Streitkräfte aus. Seit der Krim-Krise hat sich dieser Trend jedoch gewendet. Insbesondere die Länder Zentraleuropas rüsten sich aus Angst vor russischen Expansionsplänen massiv auf. Lettland steigerte seine Verteidigungsausgaben alleine im vergangenen Jahr um 44 Prozent, Litauen um 35 Prozent.

Trump und Putin

Aber auch in Westeuropa nehmen die Regierungen die veränderte geopolitische Situation zum Anlass, ihre Militärausgaben anzuheben. Beunruhigend ist, dass in vielen Ländern Kritik an der Aufrüstung zunehmend marginalisiert

wird. In Schweden kanzelte die (wohlgermerkt links-grüne) Regierung Zweifel an der Beschaffung überteuerter neuer U-Boote mit der Bemerkung ab, dass man ja schon das Recht habe, sich gegen die Armee auszusprechen. Die geistige Heimat der Armee-KritikerInnen befindet sich aber in Moskau... Offenbar ist nicht nur der sicherheitspolitische Diskurs, sondern auch der Umgang mit anderen Meinungen tief in die Zeiten des Kalten Krieges zurückgefallen.

Nicht nur die Situation im Osten Europas beflügelt die europäischen Aufrüstungsbegehrlichkeiten, auch auf der anderen Seite des Atlantiks hat sich die sicherheitspolitische Ausgangslage verändert. Donald Trump hatte im Wahlkampf angekündigt, die Schutzrolle der USA in Europa aufgeben zu wollen. Europa solle selbst für seine Sicherheit sorgen. Konkret forderte er, dass die Nato-Staaten mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung ausgeben sollen. Dieses Ziel hatten sich die Nato-Mitgliedsländer bereits 2004 gesetzt – allerdings war es nie als verbindliche Verpflichtung gedacht. Momentan geben von den europäischen Nato-Staaten nur Frankreich, Griechenland und Estland mehr

als zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für ihre Armee aus. Obwohl nicht klar ist, wie ernst es Trump mit seinen Aussagen war, ist das Zwei-Prozent-Ziel in den vergangenen Monaten zu einem schlagkräftigen Argument für die MilitaristInnen geworden.

Neue deutsche Grossmachtsträume

Die deutsche Verteidigungsministerin von der Leyen beispielsweise will der Forderung von Trump Folge leisten, was annähernd eine Verdoppelung der Militärausgaben auf 65 Milliarden Franken pro Jahr bedeuten würde. Und das ohne eigene Neubewertung der Bedrohungslage. Einen Schritt weiter gehen konservative Vordenker wie Berthold Kohler, einer

der Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Für ihn wäre die Konsequenz eines Abzugs der USA aus Europa, dass Deutschland eine eigenständige Hegemonialpolitik für Europa inklusive seiner Nachbarregionen von Nordafrika bis zum Kaukasus entwickeln müsse. Dazu gehöre auch die Fähigkeit zur «Eskalationsdominanz» gegenüber Russland – sprich: die atomare Bewaffnung Deutschlands.

Auch in der Schweiz schwadronieren Rechtsbürgerliche von einer neuen Gefahr aus dem Osten und fordern in Anlehnung an die Nato eine Anhebung der Armeeausgaben auf zwei Prozent. Es steht zu hoffen, dass sich solche Militaristen nicht durchsetzen werden. Denn ihre Politik der Aufrüstung bewirkt genau das Gegenteil dessen, was sie vorgibt: Eskalation und Unsicherheit anstatt Stabilität und Frieden.

Europäische Aufrüstung – europäischer Widerstand dagegen

Im Rahmen des European Network Against Arms Trade tauscht sich die GSoA regelmässig mit befreundeten Organisationen aus ganz Europa aus. Beim diesjährigen Jahrestreffen des Netzwerks in Rom standen nicht nur der neue Aufrüstungstrend in Europa im Zentrum, sondern auch die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten, sowie Bestrebungen der EU, mehr Geld in die Rüstungsforschung zu investieren.

FAKE-NEWS ANNO 1937

80 Jahre Gernika und Guernica

Am 26. April 1937 zerstörte die deutsche Legion Condor Gernika, die «heilige Stadt» der BaskInnen. Von Josef Lang

Da es Markttag war, hielten sich viel mehr Leute in der Stadt auf als üblich. Heute bezweifeln nur noch (Post-)FrankistInnen, dass Franco selber die Bombardierung angeordnet hatte. Die Faschisten verfolgten zwei Ziele: Schrecken zu verbreiten, um die Zivilbevölkerung zu demoralisieren. Und: Das Testen des kombinierten Einsatzes von Spreng- und Brandbomben. Dieselben Nazi-Offiziere, die das Kriegsverbrechen befehligten, waren später zuständig für die Bombardierungen von Warschau, Rotterdam und Coventry. Der Stabskommandant Wolfram Freiherr von Richthofen hielt am 30. April 1937 in seinem Tagebuch fest: «Guernica, Stadt von 5000 Einwohnern, buchstäblich dem Erdboden gleichgemacht. Angriff erfolgte mit 250-kg- und Brandbomben, letztere etwa 1/3. (...) Die 250er warfen eine Anzahl Häuser um und zerstörten die Wasserleitung. Die Brandbomben

hatten nun Zeit sich zu entfalten und zu wirken. Die Bauart der Häuser: Ziegeldächer, Holzgalerie und Holzfachwerkhäuser, führte zur völligen Vernichtung (...) Bombenlöcher auf Strassen noch zu sehen, einfach toll.»

Mediale Bilder

Die erstmalige Zerstörung einer ungeschützten Stadt in Europa löste einen weltweiten Entrüstungsturm aus. Dieser bewog Franco zu der grotesken Lüge, die BaskInnen hätten ihre Stadt selber angezündet. In keinem Land ausserhalb des faschistischen Machtbereichs wurde diese Fake-News derart ernst genom-

men wie in der Schweiz. Das gilt besonders für die beiden Organe der zwei stärksten bürgerlichen Parteien, des katholisch-konservativen Vaterlands und der ebenfalls francophilen NZZ.

Die Zerstörung Gernikas wurde nicht zuletzt dank Picassos Jahrhundertwerk Guernica zu einer Ikone gegen den Krieg. Seit Anfang April 2017 findet im Madrider Museum Reina Sofia, wo das Riesenbild hängt, die bisher grösste Ausstellung über die Bedeutung von Gernika und Guernica statt. Leider fand sie in den hiesigen Medien bislang nur wenig Beachtung.



Nachbildung des Gemäldes auf Fliesen als Wandbild in Originalgröße in der Stadt Gernika

DAMALS WIE HEUTE

Bruder Klaus und Zwingli waren gegen Kriegsgeschäfte

In den Feiern zu 600 Jahren Bruder Klaus und 500 Jahren Reformation kommt die gemeinsame Ablehnung der Reisläuferei, des damaligen Kriegsgeschäfts, zu kurz. Von Josef Lang

Die älteste Biographie über Bruder Klaus, der bereits als Lebender eine Legende gewesen war, erschien elf Jahre nach dem Tod des Ranft-Eremiten. Der Autor Heinrich von Gundelfingen, ein geistlicher Chorherr aus Beromünster, war ein hochgebildeter Humanist. Von Gundelfingen stellte die kritische Haltung des Niklaus von Flüe zu den Söldnerdiensten in folgenden Worten vor: «Wir bereiten uns zum Krieg nicht um das Vaterland zu schützen, sondern um unsere Beutel zu füllen. Auswärts in den fernsten Gegenden Italiens, Frankreichs und Deutschlands suchen wir mit grösster Gefahr und Risiko für Leib und Seele Gewinn und Sold; alle vom Kleinsten bis zum Grössten frönen wir der Habsucht». Der erste offizielle Biograph, der Berner Geistliche Heinrich Wölfli, bezeichnete 1501 Bruder Klaus als «grössten Liebhaber des Friedens».

Zwingli verbietet Söldnerwesen

Im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts machten die Pensionen in Zürich 43%, in Luzern und Zug etwa 60%, in Solothurn 73% aller Staatseinnahmen aus. In der Urschweiz finanzierte die Reisläuferei praktisch den gesamten Staatshaushalt. Fast so hohe Summen flossen zusätzlich in die privaten Schatullen von Magistratspersonen. Gleichzeitig zahlte die Allgemeinheit einen hohen menschlichen und moralischen Preis für das Söldnerwesen. Etliche Krieger kamen nie mehr zurück und viele, die heimkehrten, waren körperlich und seelisch verheert. Die sozialen Unterschiede wurden grösser, die Korruption alltäglich, die Verrohung zu einer grossen Plage.

Dies erklärt, dass es dem Reformator Ulrich Zwingli 1521 gelang, in Zürich das Söldnerverbot und damit den Verzicht auf die riesigen öffentlichen und privaten Einnahmen durchzusetzen. Dabei berief sich der ehemalige Lateinschüler des Bruder-Klaus-Biographen Wölfli auf Niklaus von Flüe: «Das Gotteswort wird auch den Eigennutz beseitigen, von dem schon Bruder Klaus voraussagte, er würde sich schädlich auswirken.» Mit Eigennutz

meinten Bruder Klaus und Zwingli insbesondere den «Solddienst bei fremden Herren».

«Blutverkäufer» auf Kosten der Allgemeinheit

Die Söldnerherren nannte der Reformator «Blutverkäufer». Ihnen unterstellte er, ihren «Eigennutz» über den «Gemeinnutz» zu stellen und den «entstehenden Schaden der Allgemeinheit zu überlassen». Zwinglis Sorge galt nicht nur den eidgenössischen Opfern, sondern auch den Opfern der Eidgenossen: «Ein jeder soll sich mal in die Kriegssituation versetzen und sich vorstellen, dass mit ihm umgegangen würde, wie er mit anderen Menschen umgeht.»

Zwinglis späterer Nachfolger Heinrich Bullinger polemisierte noch härter gegen die Reisläuferei und berief sich noch stärker auf Bruder Klaus. 1525 appellierte der damals 21-Jährige an die Eidgenossen, «im Lande zu bleiben» und, «wie Bruder Klaus geraten hat», von «ehrlicher Arbeit» zu leben: «Lasst ab von euren Pensionen, eurem Kriegführen, eurem Unrat und euren falschen Gottesdiensten!» Für die Reformatoren waren die fal-

schen Solddienste und die falschen Gottesdienste wie Ablasshandel und Messopfer Ausdruck derselben staatlichen und kirchlichen Fehlentwicklung. Der Gipfel des Skandals waren die Solddienste für den Papst.

Weder Bruder Klaus noch Zwingli noch Bullinger waren Pazifisten. So hatte sich Niklaus von Flüe 1444 als 27-Jähriger am Alten Zürichkrieg beteiligt. Er war dabei, als die «Innerschweizer» die ganze Besatzung der Burg Greifensee, auch die Frauen und Kinder, mit dem Schwert hinrichteten. Möglicherweise hat dieses Erlebnis zu jener Depression beigetragen, die aus ihm einen Aussteiger machte. Zwingli selber war nicht unschuldig an jenem 2. Kappelerkrieg, der ihn 1531 das Leben kostete. Trotzdem stehen sie alle für eine Haltung, welche die Beteiligung an Kriegsgeschäften ablehnte. Was damals die Reisläuferei war, sind heute Waffenexport und Investition in die Waffenproduktion.



AKTIV WERDEN

Kriegsgeschäfte-Initiative: So kannst Du uns helfen!

Am 11. April hat die 85-jährige Friedensaktivistin Louise Schneider die Kriegsgeschäfte-Initiative spektakulär lanciert. «Geld für Waffen tötet» sprayte sie an die Bauwand der Nationalbank. Selten gab es wohl eine solche Lancierungsaktion für eine nationale Volksinitiative!

Doch jetzt geht die Arbeit erst richtig los! In den nächsten 18 Monaten müssen wir 100'000 Unterschriften sammeln. Dafür brauchen wir Dich!

Was kannst Du machen?

Spenden:

Die Rüstungslobby hat Geld, wir aber nicht. Eine Unterschriftensammlung kostet viel Geld, darum freuen wir uns über jeden Beitrag!

Aktiv werden:

Du möchtest uns helfen, auf der Strasse Unterschriften zu sammeln? Dann schreibe eine Mail an gsoa@gsoa.ch und wir melden uns!

GREGOR.

das glückliche Gewehr

Verfolge die Abenteuer von Gregor, dem glücklichen Gewehr, auch auf youtube:
www.youtube.com/user/GregorsGunTV



GSoA-Material...



Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname

Strasse/Nummer

PLZ/Wohnort

Tel.

E-Mail E-Mail für Newsletter registrieren

Stck.	Bezeichnung	für Frau/Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
<input type="checkbox"/>	Peace-Button			Fr. 1.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	Pullover «If war is the answer...»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.-	
<input type="checkbox"/>	T-Shirt «Stopp Kampfjets!»	<input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
<input type="checkbox"/>	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.-	
<input type="checkbox"/>	Friedensfahne		<input type="checkbox"/> PACE <input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.-	
<input type="checkbox"/>	Kleber			kostenlos	
<input type="checkbox"/>	A5-Unterschriftenkarten Kriegsgeschäfte-Initiative			kostenlos	
<input type="checkbox"/>	Kleber Kriegsgeschäfte-Initiative			kostenlos	

Material zur AUSGESCHOSSEN!-Kampagne:

<input type="checkbox"/>	Feuerzeug AUSGESCHOSSEN!			Fr. 2.-	
<input type="checkbox"/>	Stofftasche AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.-	
<input type="checkbox"/>	Turnbeutel AUSGESCHOSSEN!			Fr. 15.-	

Versandkostenanteil

Fr. 4.80

Ich werde GSoA-Mitglied Verdienende Fr. 100.- Nichtverdienende Fr. 50.-Spende Fr. _____ Fr. 50.- Fr. 20.- Fr. 10.-Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich

Rechnungsbetrag

Bestellung: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, www.gsoa.ch/material

Impressum

Redaktion: Felix Birchler (fb), Sebastian Büchler (sb), Lukas Bürgi (lb), Michael Christen (mc), Stefan Dietiker (sd), Adi Feller (af, verantwortlich), Daniela Fischer (df), Amanda Gavilanes (ag), Mélanie Glayre (mg), Josef Lang (jl), Lewin Lempert (ll), Thomas Leibundgut (tl), Nora Komposch (nk), Eva Krattiger (ek), Magdalena Küng (mk), Michel Monod (mm), Youniss Mussa (ym), Martin Parpan (mp), Seraina Patzen (sp), Nikolai Prawdzcic (np), Rahel Ruch (rr), Judith Schmid (js), Tobia Schnebli (ts), Basil Schöni (bs), Renate Schoch (rs), Andreas Weibel (aw)

Cartoons: Oger **Layout:** Regula Meili **Druck:** ROPRESS Zürich

Auflage: 20 000, mindestens viermal jährlich **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- PC-Konto: PC 40-37315-5

Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen einer CreativeCommons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.